

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Unser Land kann die Belastung verkraften

Eine gute Gelegenheit für eine nüchterne Bestandsaufnahme zehn Jahre nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Koalition der Mitte hat Bundeskanzler Helmut Kohl am 25. November die Debatte über den Bundeshaushalt 1993 genannt und die Frage daran geknüpft: Was ist jetzt notwendig für unser Land?

Vorrangige Aufgabe nach wie vor: die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands. Helmut Kohl: Dies bleibt für mich eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Um den Aufbau Ost noch wirksamer unterstützen zu können und den Standort Deutschland auch für die Zukunft attraktiv zu halten, seien einschneidende Sparmaßnahmen unerlässlich, die auch in Besitzstände eingreifen werden, aber auch Einnahmeverbesserungen; und das heißt, daß die Entscheidung über eine notwendige Steuererhöhung zum 1. Januar 1995 bereits sehr bald getroffen werden müsse.

Die deutsche Volkswirtschaft erwirtschaftete jährlich mehr als 3.000 Milliarden D-Mark. Angesichts einer solchen Leistungskraft stehe außer Zweifel, daß unser Land diese Belastung verkraften kann.

(Den vollen Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte, in der Helmut Kohl alle wichtigen aktuellen Themen behandelt, bringen wir als Dokumentation im grünen Teil der nächste Ausgabe des UID.)

HEUTE AKTUELL

- **Bundeshaushalt**
Theo Waigel: Zusätzliche Maßnahmen gibt es nur bei zusätzlichen Einsparungen. Seite 3
- **Bundesvorstand**
Generalsekretär Peter Hintze: Wichtige Industrien in den neuen Bundesländern erhalten. Seite 6
- **Recht und Umwelt**
Reinhard Göhner: Wir brauchen ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Seite 9
- **Verkehrspolitik**
Mobilität ist unverzichtbar. Zehn Thesen zum Verkehrsweegeplan 92. Seite 12
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Beschlüsse zur Europapolitik auf dem 3. Parteitag. Sechs neue Broschüren. Seite 19
- **Dokumentation**
Die REP – Gefahr von rechts. Grüner Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

Schmerz und Trauer dürfen nicht zu unbesonnenen Reaktionen führen

Generalsekretär Peter Hintze erklärte zu den Äußerungen von Ralph Giordano:

Die schrecklichen Morde von Mölln durch rechtsextremistische Terroräter erfüllen die CDU Deutschlands mit Abscheu und Sorge. Durch diese schreckliche Tat haben Extremisten Staat und Bürger erneut herausgefordert. Staat und Gesellschaft müssen sich gegen diesen Anschlag zur Wehr setzen, schnell, konsequent, aber auch mit der nötigen Besonnenheit. Polizei, Verfassungsschutz und Justiz müssen die Täter verfolgen, ergreifen und hart bestrafen und darüber hinaus den Extremismus in seinen Ansätzen zerstören.

Die Zivilcourage jedes einzelnen ist gefordert. Bei Ausfällen gegenüber Ausländern durch Worte und durch Taten darf niemand mehr zur Seite schauen. Nur wenn Staat und Gesellschaft zusammenstehen, können wir den bösen Anfängen wehren.

Schmerz und Trauer dürfen jedoch nicht

zu unbesonnenen Reaktionen führen. Der Schmerz über die bösen Ereignisse darf weder unsere Gefühle noch unseren Verstand irreleiten. Verfehlte Schuldzuweisungen sind kein Beitrag zur Problemlösung.

Die Angriffe von Ralph Giordano auf den Bundeskanzler sind unerträglich und entbehren jeder Grundlage. Bundeskanzler Helmut Kohl steht für eine entschlossene Bekämpfung jeglicher Form des Extremismus. Er tritt für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland ein. Anderslautende Vorwürfe sind auch durch Schmerz und Trauer nicht zu entschuldigen.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Demokraten zusammenstehen und das extremistische Unwesen ein für alle Mal bannen. Es ist an der Zeit, nochmals deutlich zu machen, daß rechtsextremistische Gruppierungen und Parteien der Nährboden sind, auf dem die extremistische Saat der Gewalt aufgeht. Bürger und Staat sind gefordert, diesen Nährboden auszutrocknen.

Bundsvorstand zur Mordtat von Mölln

Die CDU ist über die abscheuliche Mordtat von Mölln erschüttert und verurteilt sie aufs schärfste. Diese schreckliche Gewalttat muß mit höchstem Einsatz aufgeklärt und mit aller Schärfe des Gesetzes verfolgt werden. Die Verbrecher gehören so schnell wie möglich hinter

Schloß und Riegel. Polizei und Verfassungsschutz müssen allen extremistischen Bestrebungen ein verstärktes Augenmerk widmen und sie im Keim ersticken. Bei uns lebende Ausländer müssen vor allen Formen gewalttätiger Übergriffe wirksam geschützt werden.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Zusätzliche Maßnahmen gibt es nur bei zusätzlichen Einsparungen

Unser Haushalt ist vollständig und ausgeglichen. Wer aus wünschenswerten zusätzlichen Maßnahmen „Haushaltslöcher“ konstruiert, verwischt die wahren Zusammenhänge und zerstört die begriffliche Klarheit. Wir können nicht über die gemeinsamen Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg diskutieren, wenn nicht einmal die einfachen und grundlegenden Haushaltsdefinitionen beachtet werden.

Zusätzliche Maßnahmen zugunsten der jungen Bundesländer — wie wir sie im Grundsatz beschlossen haben — gibt es nur bei zusätzlichen Einsparungen. Das ist unser Verständnis eines ausgeglichenen Haushalts.

„Bezahlt wird mit dem Rotstift“, wie der Korrespondent des Bonner General-Anzeigers, Peter Velte, letzte Woche zutreffend und trefflich formulierte.

Pünktliche Haushaltsaufstellung

Die Forderung der SPD, die Haushaltsberatungen zu verschieben, gehört fast schon zur Routine. Ich möchte Sie herzlich bitten, diese Aufforderungen zum Verfassungsbruch künftig zu unterlassen, denn im Artikel 110 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es klipp und klar: „Der Haushaltsplan wird für ein oder mehrere Rechnungsjahre . . . vor Beginn des ersten Rechnungsjahres durch das Haushaltsgesetz festgestellt.“

Wenn wir uns dem Grundgesetz unterwerfen, können wir nicht immer alles, was sich später an Veränderungen ergibt,

im pünktlich vorgelegten Haushaltsgesetz berücksichtigen. Die SPD hat es sich da in ihrer Regierungszeit leichter gemacht. Sie hat das Risiko nachträglicher Änderungen so weit wie möglich ausgeschlossen, indem sie in 13 Jahren nur einmal ein Haushaltsgesetz pünktlich verkündet hat. Bei Ihnen war der Bundeshaushalt schon der Nachtragshaushalt. Das Anpassungsrisiko ging gegen Null, wenn das Haushaltsgesetz erst am Ende des laufenden Haushaltsjahres — wie zum Beispiel im Jahr 1972 — verkündet wurde.

Anpassung an ökonomische Datenänderungen notwendig

Die Opposition wirft uns auch vor, wir hätten früher auf die Veränderung der wirtschaftlichen Daten reagieren müssen.

Aus der Rede des Bundesfinanzministers anlässlich der zweiten Beratung des Bundeshaushalts 1993 am 24. November 1992 im Deutschen Bundestag

Dazu will ich nur die folgenden Fakten nennen:

- Im Sommer, als der Regierungsentwurf für den Haushalt 1993 vorgelegt wurde, ging die OECD noch von einem realen Wachstum des Bruttosozialprodukts im Jahr 1993 von 2,3 Prozent in Westdeutschland aus.

● Im August dieses Jahres schätzte die Bundesbank den Zuwachs auf zwei Prozent.

● Der Internationale Währungsfonds rechnete noch in seinem World Economic Outlook vom Oktober mit einem Wachstumsgewinn für Westdeutschland von ebenfalls zwei Prozent.

Nun haben die Experten ihre Prognosen deutlich nach unten revidiert, und wir haben daraufhin unseren Haushalt entsprechend angepaßt. Das ist ein normaler Vorgang.

Haushaltsvollständigkeit und Haushaltswahrheit werden nicht durch die Existenz besonderer Finanzierungsinstrumente in Frage gestellt, die im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit genutzt wurden. Die Länder, insbesondere die SPD-Länder, hätten sicherlich nicht auf der Errichtung des „Fonds Deutsche Einheit“ bestanden, wenn sie darin die Gefährdung existentieller Haushaltsprinzipien gesehen hätten.

Im übrigen liegen alle Verschuldungs- und Defizitzahlen der Sondervermögen klar auf dem Tisch. Sie werden nicht versteckt und nicht verheimlicht, sondern zum Beispiel in allen Antworten auf parlamentarische Anfragen der SPD oder der Grünen nüchtern ausgewiesen.

Haushaltsvollzug besser als Haushaltsplanung

Mit unserer Finanzpolitik halten wir uns exakt an unsere eigene Planung. Unter den sieben großen Industrieländern war Deutschland nach einer aktuellen Übersicht der OECD in den Jahren 1990 und 1991, also unmittelbar nach der Wiedervereinigung, das einzige Land, das seine geplanten Haushaltsdefizite im Vollzug noch deutlich unterschritt.

Auch im Jahr 1993 wird die Kreditaufnahme mit 43 Milliarden DM noch unter

dem Betrag liegen, der im ursprünglichen Finanzplan mit rund 45 Milliarden DM vorgesehen war. Jetzt erweist es sich als richtig, im Frühjahr geschätzte Steuermehreinnahmen in erster Linie zur Absenkung der Kreditaufnahme zu verwenden und so ein Risikopolster zu schaffen, auf das wir jetzt zurückgreifen können.

Maßnahmen für Ostdeutschland innerhalb eines engen Haushaltsrahmens

Der Bundeshaushalt 1993 enthält alle entscheidungsreifen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen. Dabei ist es gelungen, die vorgesehene Steigerung des Ausgabenvolumens von 2,5 Prozent auf den Punkt einzuhalten. Rechnet man die Durchleitung des Länderanteils an der Mehrwertsteuerfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und die Umschichtung der Einkommenshilfe für die Landwirtschaft von der Einnahme- auf die Ausgabenseite ab, weist der Bundeshaushalt 1993 überhaupt keine Zunahme mehr auf.

Mit der vorgegebenen Ausgabensteigerung haben wir unser — schon in den Eckwertebeschlüssen vom Mai — festgelegtes Konsolidierungsziel trotz umfassender externer Datenänderungen erreicht. Insgesamt wurden gegenüber dem alten Finanzplan Einsparungen und Umschichtungen mit einem Volumen von 13 Milliarden DM verwirklicht.

Das Ausgabenwachstum liegt deutlich unter dem erwarteten nominalen Anstieg des Bruttosozialprodukts von gut vier Prozent.

Die Bundesaussgaben werden 1993 um rund zwei Prozentpunkte geringer zunehmen, als beim Durchschnitt der Bundesländer. Damit ist der Bundeshaushalt Maßstab und Meßlatte für die Konsolidierungsaufgaben in anderen Bereichen.

Umfassendes Programm zur Unterstützung des Aufschwungs im Osten

Durch den Einsatz des im Haushalt bereits reservierten Betrages für Ostdeutschland in Höhe von 1,5 Milliarden DM und zusätzlicher einschneidender Sparmaßnahmen sollen der wirtschaftliche Aufschwung in den jungen Bundesländern, der Ausbau der Infrastruktur und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse noch wesentlich stärker vorangebracht werden. Die Koalition hat sich auf ein Maßnahmenpaket mit einem Gesamtvolumen von über zwölf Milliarden DM verständigt. Durch diese zusätzliche Wirtschaftshilfe wollen wir die noch schwierige Aufbauphase in den jungen Bundesländern soweit wie möglich abkürzen und zusätzliche Beschäftigungsperspektiven erreichen.

Im einzelnen sind die folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- Anhebung der Investitionszulage für ostdeutsche Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks auf 20 Prozent — begrenzt auf eine Million DM je Betrieb. Gesamtvolumen bis 1997: zusätzlich rund zehn Milliarden DM.

- Deutliche Aufstockung des Verpflichtungsrahmens für die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“.

- Verlängerung des Eigenkapitalhilfeprogramms für Existenzgründer in Ostdeutschland.

- Erweiterung des Verfügungsrahmens für den Wohnungsbau auf 800 Millionen DM. Die Mittel sollen zur Privatisierung vorhandener Wohnungen, für die Eigentumsförderung und für den Städtebau eingesetzt werden.

- Aufstockung des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW auf 30 Milliarden DM — auch für den Erwerb von Eigentumswohnungen.

- Zusätzlich 200 Millionen DM für industriennahe Forschung.

Wir werden dieses Maßnahmenpaket jetzt unmittelbar konkret in Angriff nehmen und vor allem über die notwendigen Einsparungen entscheiden, die einen vollständigen finanziellen Ausgleich erbringen müssen.

Durch unseren Vorschlag für einen Nachtragshaushalt wird weder der Anstiegswinkel bei den Ausgaben — 2,5 Prozent — noch die Kreditaufnahme — 43 Milliarden DM — verändert.

Den entscheidenden Zusammenhang zwischen Einsparungen und zusätzlicher Wirtschaftsförderung hat der frühere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, anlässlich der einigen Kollegen von der SPD sicherlich noch gegenwärtigen Fraktionssitzung am 30. Juni 1982 eindrucksvoll beschrieben. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Rezession und explodierender Arbeitslosenzahlen machte Helmut Schmidt deutlich:

„Einige haben bemängelt, daß in diesem Pakt nicht genug getan werde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich sage denen, dies ist leider wahr. Wer mehr tun will, muß in die Geld- und Sozialleistungen tiefer einschneiden, als es in dem Kompromißpaket von mir vorgeschlagen ist.“

Weiter heißt es bei Helmut Schmidt:

„Von den beiden Möglichkeiten scheidet die eine, es nämlich durch höhere Kreditaufnahme zu finanzieren, an mir. Ich könnte das nicht verantworten. Die zweite scheidet an Euch:

Denn wer mehr für die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Staates tun will, muß noch tiefer als hier vorgeschlagen, in die Sozialleistungen reinschneiden.“

Wozu es der sozial-liberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt an Kraft fehlte, können wir erreichen. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Wichtige Industrien in den neuen Bundesländern erhalten

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Peter Hintze nach einer Bundesvorstandssitzung am 23. November eine Klausurtagung des Bundesvorstandes am 14./15. Januar angekündigt, auf der die politische Arbeitsplanung für 1993 vorgenommen werden soll. Das Jahr 1993 soll vorrangig der Diskussion des neuen Grundsatzprogramms dienen.

Der Bundesvorstand hat sich auf seiner Montagssitzung sehr ausführlich mit der Asylfrage beschäftigt.

Peter Hintze: Der Bundeskanzler hat klargestellt, daß CDU und CSU diese Frage selbstverständlich nur gemeinsam angehen und auch nur gemeinsam lösen werden.

Bundesinnenminister Seitzers und der Fraktionsvorsitzende Schäuble haben für ihre Position, die dem Parteitagbeschuß unseres Düsseldorfer Parteitages entspricht, bei den anstehenden Verhandlungen mit der SPD die uneingeschränkte Unterstützung des Bundesvorstandes erhalten.

Peter Hintze: Der Bundesvorstand hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die SPD zu einer wirksamen Änderung des Grundgesetzes bereit ist. Aus Sicht der CDU ist entscheidend, daß eine Verfassungsänderung zustande kommt, die dem Staat wirksame Instrumente gegen den Asylmißbrauch in die Hand gibt.

Eine unverzügliche Rückführung von Asylbewerbern bei offensichtlich unbegründeten Anträgen muß möglich werden. Dafür müssen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

Der Vorstand hat sich weiter mit dem Solidarpakt beschäftigt. Der Bundesminister im Kanzleramt, Friedrich Bohl, hat dazu einen Zwischenbericht gegeben.

Peter Hintze: Der Solidarpakt hat zwei wichtige Ziele: zum einen die Förderung des weiteren Aufbaus Ost und zum anderen die Stabilisierung der Konjunktur West. Insgesamt geht es um die Sicherung des Standortes Deutschland in einer konjunkturell schwierigeren Situation. Folgende wesentliche Elemente wurden angesprochen:

- Lohnsteigerungen im kommenden Jahr, die sich im Rahmen des volkswirtschaftlich Vertretbaren bewegen. Das bedeutet einen langsameren Lohnanstieg West und eine langsamere Lohnanpassung Ost,
 - eine Industriepolitik für die neuen Länder, die die industriellen Kerne Ost erhält und unterstützt,
 - Verbesserung der Wohnraumförderung,
 - Ausbau der Mittelstandsförderung und Möglichkeiten zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft.
- Hierzu gibt es viele Einzelmaßnahmen —

nicht kostenwirksame und kostenwirksame —, die zwischen den unterschiedlichen Partnern Bund, Ländern und Gemeinden, den politischen Parteien, Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbart werden sollen.

Zu den Maßnahmen, die nicht kostenwirksam sind, gehört ein Artikelgesetz, das das Bundeskabinett beabsichtigt, in seiner Sitzung am 2. Dezember 1992 im Entwurf zu verabschieden. Es geht um Beschleunigung verschiedener Verfahrensarten, insbesondere auf dem Bausektor. Dazu kommen Maßnahmen, die ein nicht unerhebliches zusätzliches Finanzvolumen erfordern. Zu deren Finanzierung stehen Bereiche auf dem Prüfstand, in denen Einsparungen und Umschichtungen vorzunehmen sind, in denen Subventionen und Leistungsgesetze überprüft werden können.

Unverschämte Herabwürdigung

Zur Bemerkung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Rudi Walther (SPD), bei ihm habe sich noch kein Beamter beschwert, daß er sich im Bundesdienst totarbeite, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die in der Diskussion um Stellenstreichungen bei Bundesbehörden gemachte Bemerkung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Rudi Walther (SPD), ist eine unverschämte, durch keinerlei Fakten belegte und belegbare Herabwürdigung eines ganzen Berufsstandes.

Wer in dieser Weise „argumentiert“, beweist nicht nur ein distanzierendes Ver-

Der Bundesvorstand hat sich schließlich mit dem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen beschäftigt.

Peter Hintze: Der Bundesverteidigungsminister hat seine Position dargelegt, und der Bundesvorstand hat sich klar und eindeutig hinter den Bundesverteidigungsminister gestellt. Der Bundesverteidigungsminister hat deutlich gemacht, daß es vor einer weitergehenden Teilhabe der Bundeswehr an Maßnahmen der Vereinten Nationen zu einer verfassungspolitischen Klarstellung kommen muß.

Ziel ist es, daß die Deutschen mit den gleichen Rechten und Pflichten internationalen Verpflichtungen nachkommen wie die anderen Staaten auch. ■

hältnis zur Realität, sondern auch, daß er ein lückenhaftes Gedächtnis hat. Denn nicht nur der Niedergang der ehemaligen DDR, sondern auch die Wiedervereinigung Deutschlands und der Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung in den neuen Ländern

Lückenhaftes Gedächtnis

beweisen eindrucksvoll — trotz aller noch vorhandenen Schwächen in einzelnen Bereichen —, daß die Angehörigen unseres öffentlichen Dienstes hoch motiviert und besonders leistungsfähig sind.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht ihnen dafür besonderen Dank aus und weiß sich darin mit der Mehrheit der Bevölkerung einig.

Kommunen in den neuen Ländern werden Probleme des Aufbaus lösen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, hat sich in seiner Rede anlässlich der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages am 12. November 1992 in Bad Neuenahr-Ahrweiler auch mit den Problemen der Gemeinden in den neuen Bundesländern beschäftigt:

Die Kommunen in den neuen Ländern werden die Probleme des Aufbaus lösen. Sie sind Motoren in einem sich ständig beschleunigenden Investitionsprozeß. Die breite Palette von Förderungsmaßnahmen, insbesondere die auf kommunaler Ebene wirksamen Ansätze des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost, d. h. die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm, den kommunalen Straßenbau und öffentlichen Personennahverkehr, den Wohnungs- und Städtebau, das Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsförderung“, die Zuweisungen für Umweltschutz-Sofortmaßnahmen sowie die kommunalen Kreditprogramme haben den notwendigen Spielraum für investive Maßnahmen der Kommunen geschaffen. Damit wird der Zweck des als Initialzündung gedachten Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost weitgehend erfüllt.

Auch mittelfristig konnte die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Kommunen substantiell gestärkt werden:

- Insgesamt werden den neuen Ländern für 1992 bis 1994 über 33 Mrd. DM zusätzlich zugeführt.

Allein der Fond „Deutsche Einheit“ wird für die genannten Jahre um gut 31 Mrd. DM aufgestockt und damit verstetigt. An

diesen Mitteln werden die Kommunen bekanntlich mit 40 Prozent beteiligt.

- Die Fortschreibung der zusätzlichen Leistungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bis 1995 kommt den Kommunen aller Länder zugute. 1992 bis 1995 stellt der Bund für diesen Zweck insgesamt 10,5 Mrd. DM zur Verfügung.

- Die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder für 1993 und 1994 um zwei Prozentpunkte bedeutet für alle Länder eine erhebliche Aufstockung der frei verfügbaren Mittel.

Neben den beachtlichen finanziellen Hilfeleistungen ist aber auch die geleistete

In den neuen Bundesländern arbeiten gegenwärtig rund 27 300 Beamte sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst aus Westdeutschland. Am 1. Oktober dieses Jahres waren 16 900 Mitarbeiter aus Bundesbehörden, 8 400 Angehörige des öffentlichen Dienstes und mehr als 2 000 Bedienstete aus den Kommunen für den Verwaltungsaufbau in Ostdeutschland tätig.

personelle Verwaltungshilfe hervorzuheben, da die Verfügbarkeit qualifizierten Verwaltungspersonals für den Aufbau der Verwaltungen in den neuen Ländern eine besondere Rolle spielt.

Der Bund flankiert den Personaltransfer durch Personalkostenzuschüsse an die Kommunen in den neuen Ländern. Hier stehen in diesem Jahr 168 Mio. DM zur Verfügung. Dieser Personalkostenzuschuß des Bundes für die Kommunen ist bisher in über 2.000 Fällen in Anspruch genommen worden.

Reinhard Göhner:

Wir brauchen ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum

Vor dem Unternehmertag 92 des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. erklärte der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, in einer Rede zum Thema „Recht und Umwelt — Strangulieren wir die Marktwirtschaft?“ unter anderem:

Die Soziale Marktwirtschaft muß zu einer „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ weiterentwickelt werden. Zu den Pfeilern Markt, Wettbewerb und Leistung tritt die Ökologische Dimension: Grundsätzlich muß jeder einzelne — sei es als Produzent oder Konsument — die Kosten für seine Inanspruchnahme von Umwelt selbst tragen. Das ist Dreh- und Angelpunkt einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Wir werden nur dann effektive Anreize zu umwelt-schonendem Verhalten schaffen, wenn wir zu ökologisch ehrlichen Preisen kommen.

Das bisherige Umweltrecht basiert noch weitgehend auf einem Ordnungsrecht, das in seinen Prinzipien aus dem Polizei- und Ordnungsrecht des vergangenen Jahrhunderts stammt. Wir haben das Umweltrecht in den letzten Jahren fortentwickelt und einen ökologischen Ordnungsrahmen für unsere Wirtschaftsordnung geschaffen und damit marktwirtschaftliche Mechanismen in den Dienst der Umwelt gestellt. Wir werden zwar auch zukünftig Ge- und Verbote, Grenzwerte und den Stand der Technik als Mittel des Umweltrechtes brauchen; zukünftig

müssen wir aber stärker als bisher die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Umwelt und Natur zu erreichen.

Dazu gehören z. B. eine abgasbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsvergünstigungen für umweltentlastende Investitionen ebenso wie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen. Dazu gehören auch das neue Umwelthaftungsrecht und ein Angebot an Kompensationslösungen, um vorgegebene Umweltziele kostengünstig und betrieblich flexibel zu verwirklichen.

Mit den anspruchsvollen Umweltschutzanforderungen nimmt die Bundesrepublik Deutschland weltweit eine Spitzenposition ein. Wir müssen uns aber im Zusammenhang mit der Sicherung des Standortes Deutschland fragen, ob wir mit der gesetzlichen Regelungs- und Verordnungsflut die Kräfte des Marktes überfordern. Dabei geht es weniger um die materiellen Anforderungen des Umweltrechtes als vielmehr um die Dauer der Genehmigungsverfahren.

Sogar bei Maßnahmen, die der Verbesserung des Umweltschutzes dienen, sind die Genehmigungsverfahren in aller Regel viel zu lang. Nicht der hohe Standard deutscher Umweltgesetzgebung wirkt auf Investoren abschreckend, sondern die Länge der Genehmigungsverfahren. Dies ist aber von entscheidender unternehmerischer Bedeutung für den Kampf um Märkte und Innovationen. Wer jahrelang auf Genehmigungen war-

Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost läuft planmäßig

Zur Umsetzung des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost erklärte Finanzminister Theo Waigel:

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost läuft weiterhin planmäßig. Am 31. Oktober 1992 waren Aufträge in Höhe von rund 10,9 Milliarden DM vergeben. Damit ist das gesamte zur Verfügung stehende Mittelvolumen von 11,6 Milliarden DM bereits zu 94 Prozent ausgeschöpft. Rund acht Milliarden DM davon sind bereits abgeflossen, das sind fast 70 Prozent der Gesamtsumme.

Die Bundesregierung hat heute (19. November) Umschichtungen in Höhe von 48,5 Millionen DM beschlossen. 25 Millionen DM sind für zusätzliche strukturverbessernde Maßnahmen im Chemiedreieck Bitterfeld vorgesehen. Sie sollen bereits laufende Vorhaben in diesem Gebiet, wie Abwasseranlagengabau, Wirtschaftsfördermaßnahmen und angewandte Forschungsvorhaben verstärken.

Weitere 23,5 Millionen DM fließen zusätzlich in Hochschulinstandsetzungen und Projekte bei wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen.

ten muß, bevor er produzieren kann, hat keine Chance auf den Weltmärkten.

Wir müssen die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem Modernisierungsschub auch im Umweltrecht nutzen. Für die neuen Bundesländer gibt es im Umwelt- und Verkehrsrecht bereits Erleichterungen und Verfahrensverkürzungen. Das Umweltrecht hat die Aufgabe, die Umwelt zu schützen. Ein zu kompliziertes Rechtssystem mit langwierigen Verfahren und anschließenden mehrjährigen Rechtsstreitigkeiten über mehrere Instanzen bewirkt jedoch vielfach das Gegenteil.

Die Bundesregierung hat deshalb einen Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren beschlossen. Vorgesehen sind Änderungen des Immissionsschutz-, des Naturschutz- und Abfallrechts.

Darüber hinaus trete ich dafür ein, den Rechtsschutz gegen Planungsentscheidungen zu überprüfen. Im Verkehrsrecht

haben wir eine richtungsweisende Änderung beschlossen, wonach nur noch eine Gerichtsstanz gegen Planfeststellungsentscheidungen beim Neubau von Bundesfernstraßen in den neuen Bundesländern möglich ist. Denn es hilft der Umwelt nicht, wenn über viele Jahre über Genehmigungen in mehreren Instanzen gestritten wird.

Wir brauchen für die Zukunft ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Wachstum kann nicht mehr allein als die Mehrung materieller Güter und Dienstleistungen definiert werden, wenn die Inanspruchnahme von Umwelt und die Aufnahme ökologischer Hypotheken außer acht gelassen werden. Auch der Wohlstand wird künftig nicht allein materiell verstanden werden können. Eine gesunde und lebenswerte Umwelt ist Bestandteil von Wohlstand; eine Wohlstandsmehrung in diesem Sinne setzt nicht eine Vermehrung von Einkommen, Gütern oder Dienstleistungen voraus. ■

Erhöhte Steuerfreistellung für sogenannte Grenzsteuerzahler

Zur Einigung von Bund und Ländern bei der Übergangsregelung „steuerfreies Existenzminimum“ erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Die Finanzminister des Bundes und der Länder haben am 19. November 1992 einen Kompromiß über eine kurzfristige Verwaltungsregelung zu den Konsequenzen der Grundfreibetragsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebilligt, der auf einem Beschluß der Steuerabteilungsleiter der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder beruht.

Damit ist es nach intensiven Beratungen des Bundesfinanzministeriums mit den Fachleuten der Länder schon rund einen Monat nach Bekanntgabe des Gerichtsbeschlusses gelungen, Konsens über das Verfahren beim Lohnsteuerabzug und den Einkommensteuervorauszahlungen 1993 zu erzielen.

Im einzelnen:

1. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. September 1992 hat künftig eine erhöhte Steuerfreistellung für sogenannte Grenzsteuerzahler zu erfolgen; d. h. dem Steuerpflichtigen sind die „Erwerbsbezüge“ zu belasten, die unter dem am Sozialhilferecht orientierten Existenzminimum liegen. Zu diesen Erwerbsbezügen gehören nach der getroffenen Vereinbarung neben dem steuerpflichtigen Arbeitslohn und anderen steuerlichen Einkünften u. a. Lohnersatzleistungen, pauschal besteuert Arbeitslohn und Rentenbezüge. Sonderabschreibungen und andere Steuervergünstigungen mindern das „Erwerbseinkommen“ nicht.

Nur wenn diese Erwerbsbezüge das für

1993 mit 12.000/19.000 DM (Ledige/Verheiratete) typisierte Existenzminimum übersteigen, ist künftig Einkommensteuer zu entrichten.

2. Der Kompromiß verändert nicht den Einkommensteuer-Reformtarif 1990 (linear-progressiver Tarif). Die Verbesserungen für „Niedrig-Verdiener“ erfolgen in einem besonderen Verfahren außerhalb des Steuertarifs:

a) Für den Lohnsteuerabzug 1993 werden zusätzliche Lohnsteuer-Tabellen für die sogenannte Grenzsteuerzahler herausgegeben, bei denen zur Vereinfachung nur einige Korrekturen des steuerrechtlichen Einkommens erfolgen. Nach den Kriterien des Gerichtsbeschlusses nicht gerechtfertigte Entlastungen im Lohnsteuerverfahren werden bei der Einkommensteuer-Veranlagung 1993 korrigiert, teilweise auch bereits bei den Einkommensteuer-Vorauszahlungen.

Ein spezielles Kontrollverfahren für die Veranlagung der betroffenen Steuerpflichtigen soll aus verwaltungsökonomischen Gründen unterbleiben. Jedoch wird die Anwendung der Zusatzabelle auf der Lohnsteuerkarte gekennzeichnet. Die Arbeitnehmer sollen ein beratendes Merkblatt erhalten.

b) Für die Einkommensteuer-Vorauszahlungen werden grundsätzlich bereits alle dem Finanzamt bekannten Erwerbsbezüge berücksichtigt.

3. Der Kompromiß führt zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von insgesamt rund zwei Mrd. DM (Bund/Länder/Gemeinden); der Bundesanteil von 850 Mio. DM ist im Bundeshaushalt 1993 berücksichtigt. ■

Mobilität ist unverzichtbar

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik der CDU hat auf seiner letzten Sitzung 10 Thesen zum Verkehrswegeplan 92 verabschiedet:

These 1: Mobilität ist unverzichtbar.

Unsere arbeitsteilige Wirtschaft und vor allem das gewaltige Aufbauwerk in Ostdeutschland brauchen die Mobilität von Menschen und Gütern. Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum können wir nicht entkoppeln; die Verkehrspolitik ist aber gefordert, das Verkehrswachstum besser als bisher auf alle Verkehrsträger zu verteilen.

Unser verkehrspolitisches Konzept heißt deshalb, die Mobilität verkehrsträgerübergreifend in einem Gesamtverkehrssystem zu sichern. Wir wollen durch Ordnungs- und Investitionspolitik zielorientiert die Zusammenarbeit der Verkehrsträger fördern und die Voraussetzungen für ein überproportionales Wachstum bei den umweltfreundlicheren Verkehrsträgern wie Eisenbahn und Binnenschifffahrt schaffen.

These 2: Die Infrastruktur und die Verkehrsabwicklung müssen umweltgerechter gestaltet werden.

Der Verkehr muß als drittgrößter CO₂-Emittent seinen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten. Einem bedarfsgerechten und zugleich umweltverträglichen Verkehrssystem kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Trotz der erwarteten Zuwachsraten im Verkehr muß auf dem schwierigen Weg zu einer Reduzierung des Kraftstoffverbrauches im Straßen- und Luftverkehr

und damit auch zu einer CO₂-Reduktion vorangekommen werden. Die Schwerpunkte liegen daher u. a. im Ausbau der Schieneninfrastruktur, in der Attraktivitätssteigerung beim ÖPNV, im Ausbau von Anlagen zur Verkehrsflußsteuerung und der Vernetzung der Verkehrsträger.

These 3: Keines der bestehenden Verkehrssysteme ist in der Lage, die wachsenden Kapazitätsengpässe in Deutschland wie in Europa im Alleingang zu bewältigen. Jeder Verkehrsträger muß weiter ausgebaut werden.

Es kann nicht darum gehen, nur den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel oder nur Verkehrsberuhigung zu fordern, notwendig ist auch der Ausbau des Schienen-, Straßen-, Wasserstraßen- und Luftverkehrsnetzes sowie eine Effektivitätssteigerung und Integration der verschiedenen Verkehrssysteme. Die Maßnahmen des Straßenbaus sind innerhalb der Länderquoten zu optimieren.

These 4: Der rasche Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist für den Aufbau der neuen Bundesländer und für die Hauptstadtfunction Berlins unverzichtbar.

Die entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern und für die Übernahme der Hauptstadtfunction in Berlin sind leistungsfähige und umweltgerechte Verkehrswege.

These 5: Die Planung und der Bau der notwendigen Verkehrsinfrastruktur muß wesentlich beschleunigt werden. Die derzeitigen langen Planungs- und Genehmigungszeiten sind angesichts des wach-

senden Verkehrsaufkommens schon aus ökologischen Gründen nicht länger hinnehmbar.

Nach dem Vorbild und den Erfahrungen des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes für die neuen Bundesländer sind auch in den alten Bundesländern die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu straffen.

These 6: Die Schieneninvestitionen müssen Vorrang haben.

Die Schieneninfrastruktur muß den modernen Marktveränderungen entsprechend angepaßt und ausgebaut werden. Die arbeitsintensiven Vorteile der Schiene im Personenverkehr und im Massengutverkehr auf langen Strecken sowie im kombinierten Verkehr sind weit mehr als bisher zu nutzen. Auch für die Schienenwege ist der Bedarf gesetzlich festzulegen.

These 7: Die schnelle Realisierung der ersten Anwendungsstrecke der Magnetschnellbahn Transrapid ist notwendig.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands sind auch die Entfernungen innerhalb Deutschlands größer geworden. Ihre Überwindung erfordert schnelle und umweltfreundliche Verkehrsmittel. Dadurch haben sich die Einsatzmöglichkeiten für die neue Technik sehr verbessert. Der Transrapid kann bald eine Entlastung des innerdeutschen Kurzstreckenluftverkehrs einleiten. Eine Konkurrenz zum Ausbau des Rad-Schiene-Systems ist zu vermeiden.

These 8: Mit der traditionellen Haushaltsfinanzierung können angesichts der Kosten der Wiedervereinigung die dringend benötigten Verkehrsprojekte nicht zügig verwirklicht werden. Eine private Finanzierung einzelner Projekte bedeutet Einkauf von Zeit.

Für baureife Maßnahmen, die aus dem Haushalt erst später finanziert werden könnten, ist die private Finanzierung nach dem Konzessionsmodell eine Möglichkeit, diese Verkehrsprojekte schneller zu realisieren. Beim Konzessionsmodell zahlt der Staat einen privat vorfinanzierten und gebauten Verkehrsweg in Raten ab. Auch bei dieser Variante sind mittelständische Unternehmen angemessen zu berücksichtigen.

Je eher ein Projekt verwirklicht wird, desto größer ist der volkswirtschaftliche Nutzen. Bei besonders aufwendigen und teuren Vorhaben wie Tunnel oder Brücken sollte auch über die Möglichkeit einer direkten Mauterhebung nachgedacht werden.

These 9: Jedem Verkehrsträger müssen seine tatsächlichen Wegekosten angelastet werden.

Eine gerechte Wegekostenanlastung ist ein Mittel zum Abbau derzeitiger Wettbewerbsverzerrungen, die insbesondere die umweltverträglicheren Verkehrsträger benachteiligen. In der Konsequenz wird sich der Straßenverkehr verteuern. Dabei müssen die Kraftfahrzeug-Steuer, die Mineralölsteuer und die Straßenbenutzungsgebühren im Zusammenhang betrachtet und den wirklichen Kosten gegenübergestellt werden. Eine europäische Lösung ist in jedem Fall einer nationalen Lösung vorzuziehen.

These 10: Neben dem notwendigen Ausbau ist auch durch bessere Organisation des Verkehrs eine Vermeidung unnötigen Verkehrs und eine bessere Auslastung der verschiedenen Verkehrsträger zu erreichen.

Der Ausbau der Infrastruktur muß durch systematische Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger ergänzt werden, um mit marktkonformen Mitteln die umweltfreundlicheren Verkehrsmittel stärker am

Bilanzen und Perspektiven

1989 bis 1991 — drei Jahre nur, aber Jahre, in denen sich in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt mehr verändert hat als in Jahrzehnten zuvor. Die einzigartige Fülle herausragender geschichtlicher Ereignisse dieser allerjüngsten Vergangenheit spiegelt sich in der Chronik „Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989 — 1991“.

Hierin sind Regierungserklärungen, Beiträge zu Parlamentsdebatten, Vorträge und Interviews zusammengetragen. Sie geben Aufschluß über die Bonner Politik während der dramatischen Monate, in denen die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands im Mittelpunkt stand. Die beiden Bände verdeutlichen, wie die nationalen Bestrebungen mit internationalen Erwartungen, Ansprüchen und Absichten in Ost und West in Einklang gebracht werden konnten. Als Herausforderungen der Politik werden die Vollendung der inneren Einheit und der Fortgang des europäischen Einigungsprozesses dargestellt. Auch zu diesen vordringlichen Zukunftsaufgaben enthält die Chronik grundlegende Aussagen des Bundeskanzlers.



Die Chronik kann kostenlos bezogen werden. Postkarte genügt an:

**Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung (BPA),
Welckerstr. 11, W-5300 Bonn 1.**

Interessenten aus den neuen Bundesländern können sich auch an die

**Außenstelle Berlin des BPA,
Mohrenstraße 36/37
O-1080 Berlin wenden.**

Verkehrswachstum teilhaben zu lassen und Verlagerungseffekte zu erzielen. Verbund bedeutet Nutzung der arteigenen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger und ihre Verknüpfung in Transportketten. Gerade dafür spielt die Nutzung der Informationstechnologie (Telematik) eine wichtige Rolle. Eine optimale Wahl des Verkehrsmittels und der reibungslose

Übergang zwischen den Verkehrsträgern ist nur möglich, wenn rechtzeitig die hierfür erforderlichen Informationen zur Verfügung stehen. Wichtig ist auch der Ausbau leistungsfähiger Schnittstellen wie Güterverkehrszentren, die Anbindung der See- und Binnenhäfen sowie die Steigerung des kombinierten Verkehrs Schiene/Straße/ Wasserstraße.

Ausländische Arbeitnehmer — für die deutsche Wirtschaft unerläßlich

Ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen sind zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Sie bereichern unser Volk nicht nur auf kulturellem Gebiet, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Industriestandortes Deutschland.

Diese ökonomischen Vorteile lassen sich mit den folgenden Fakten belegen:

Ohne ausländische Beschäftigte würde die deutsche Wirtschaft erheblich schlechter dastehen. Rund 1,8 Millionen ausländische Männer und Frauen arbeiteten Ende 1990 in den alten Bundesländern. Das sind rund acht Prozent aller Arbeitnehmer in Westdeutschland.

Die Notwendigkeit ausländischer Arbeitskräfte wird durch die Klagen vieler Unternehmen über Fachkräftemangel belegt. Diese Klagen sind Vorboten einer gewaltigen Verschiebung in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, die ebenso große Auswirkungen auf den Altersaufbau der deutschen Erwerbspersonen hat.

Aus dieser Entwicklung zieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den Schluß, daß wir ohne zusätzliche ausländische Arbeitnehmer nicht auskommen werden.

An Steuern- und Sozialabgaben werden die seit 1988 Zugewanderten 1991 30 Milliarden DM bezahlen. Hinzugerechnet werden muß ein Zugewinn für die Steuer- und Sozialkassen in Höhe von 20 Milliarden DM, der daher rührt, daß die Zuwanderer hiesige Produkte kaufen und die Unternehmer zu zusätzlichen Investitionen ermuntern. Insgesamt ergibt sich somit ein Gewinn für die Steuer- und

Sozialkassen in 1991 in Höhe von 50 Milliarden DM.

Dem stehen etwa folgende Kosten gegenüber: Rund 16 Milliarden DM im Jahre 1991 für öffentliche Zuwendungen an Zuwanderer, z. B. für Sprachkurse und Sozialhilfe. Vergleicht man diese beiden Posten, so ergibt sich ein Gewinn für die öffentlichen Kassen alleine von 34 Milliarden DM für das Jahr 1991.

Die weit verbreitete Annahme, daß Ausländer deutschen Arbeitnehmern Arbeitsplätze „wegnehmen“, ist sachlich falsch. So belegt eine Studie des arbeitgeberna-

**Von Franz Dormann,
Hauptgeschäftsführer der
Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft**

hen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, daß von 1989 bis Mitte 1991 rund 1,3 Millionen Übersiedler, Aussiedler und Ausländer Arbeitsplätze fanden, ohne daß die Chancen deutscher Arbeitsloser verschlechtert worden wären.

Eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) aus dem Jahr 1992 ergab, daß in knapp drei Viertel aller Fälle ausländische Arbeitnehmer Arbeitsstellen besetzen, für die keine deutschen Arbeitskräfte verfügbar waren. Für die Zuwanderer spricht dabei ihre vielfach gute Ausbildung als Facharbeiter, ihre hohe Bereitschaft zu Mobilität und zur Aufnahme von Tätigkeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus.

Die ausländischen Arbeitnehmer sind zumeist in Bereichen tätig, in denen deutsche Arbeitnehmer nur noch ungerne arbeiten. So waren Ende 1990 in den alten Bundesländern 24 Prozent aller Beschäftigten in Gießereien Ausländer, 20 Prozent im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, 17 Prozent im Textilverarbeitungs-gewerbe, 15 Prozent in der Kunststoffverarbeitung, 14 Prozent im Bergbau und 35 Prozent insgesamt aller unter Tage Beschäftigten.

Als Mitmenschen akzeptieren

Die bundesdeutsche Wirtschaft würde den Abzug aller ausländischen Arbeitnehmer nicht verkraften. Die Müllabfuhr, viele Hotels und zahlreiche Gaststätten müßten ihre Arbeit umgehend einstellen.

Die Zuwanderer haben durch den Abbau des Facharbeitermangels die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt verhindert und damit neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet. Nach Angaben des RWI ist die Zahl der Arbeitslosen trotz der Zuwande-

rung zwischen 1988 und 1991 um 540.000 Personen zurückgegangen.

Norbert Blüm hat treffend gesagt: „Ohne ausländische Arbeitnehmer wäre Deutschland ärmer. Ganze Branchen und Wirtschaftszweige würden lahmgelegt, wenn unsere ausländischen Arbeitskollegen das Land verließen.“

Entscheidend ist deshalb, daß es gelingt, ausländische Mitbürger in unsere Gesellschaft zu integrieren. Zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gehört zum einen, daß sie gut ausgebildet werden, zum anderen, daß sie von uns als Mitmenschen akzeptiert werden.

Die CDA hat eine Studie „Ausländische Mitbürger — ein Gewinn für unser Land“ veröffentlicht, die kostenlos bei der CDA-Hauptgeschäftsstelle, Johannes-Albers-Allee 3, 53330 Königswinter 1, bestellt werden kann.

Maastricht-Telefon: 500 Anrufe am Tag

Über 500 Anrufe verzeichnete das gebührenfreie Telefon zum Vertrag von Maastricht, das die Vertretung der EG-Kommission in Deutschland seit dem 3. November anbietet, bereits am ersten Tag. Ein Zeichen dafür, wie groß der Informationsbedarf zu diesem Thema ist.

Unter der Nummer **0130/93 93** können Interessierte wöchentlich aktualisierte Informationen zur Europäischen Gemeinschaft kostenlos hören.

Themen sind vor allem der Maastrichter Vertrag und die Europäische Wäh-

rungsunion sowie deren Bedeutung für die Menschen in der EG. Das Maastricht-Telefon greift Schlagworte und Begriffe, die die Diskussion um Europa mitbestimmen, auf und erläutert sie. Entsprechend der Erklärung der Staats- und Regierungschefs in Birmingham soll durch bürgernahe, sachkundige Information das Vertrauen in die Europäische Union gestärkt werden. Mit diesem Projekt erweitert die Vertretung der EG-Kommission in Deutschland ihr Service-Angebot für die deutsche Öffentlichkeit.

DiKa: Keine Chance vor dem Kadi

Das neue Expansionsprojekt des ZDF, der „Deutsche Informationskanal“ (DiKa), ist sowohl rechtlich als auch politisch so nicht realisierbar!

Nach der einen Planungsvariante des ZDF, der Beteiligung an einem Deutschlandprogramm des US-amerikanischen Nachrichtensenders CNN, müßten diesem privaten Wettbewerber komplette, vom deutschen Gebührenzahler finanzierte Programme wie „Heute“ und „Bonn direkt“ geliefert werden. Damit erhielte CNN einen rechtswidrigen, mit den Ordnungsgrundsätzen unseres dualen Rundfunksystems nicht zu vereinbarenden Wettbewerbsvorteil.

Die Alternative, zusammen mit der ARD deren Kultursatellitenprogramm 1 Plus zu einem TV-Nachrichtenkanal auszubauen, ist schon mit dem geltenden Rundfunkstaatsvertrag, der die Programmschwerpunkte von 1 Plus fest schreibt, nicht vereinbar.

Dennoch: De lege ferenda macht ein öffentlich-rechtliches Nachrichtenprogramm als Alternative zum puren Infotainment privater Anbieter durchaus Sinn: Information ist essentieller Bestandteil jeglicher Grundversorgung

und damit auch des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!

Joseph-Theodor Blank, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Angesichts der tiefgreifenden Struktur- und Finanzkrise von ARD und ZDF verbietet sich allerdings eine weitere Programmexpansion via „DiKa“ von selbst. Die Erfüllung des Grundversorgungsauftrags kann nicht darin liegen, den Informationsbereich in einen Satellitenkanal zu verbannen, möglicherweise um dann die terrestrisch empfangbaren Hauptprogramme erst recht auf seichten Unterhaltungskurs trimmen zu können.

Im Zuge der unumgänglichen ARD-Strukturreform — genannt seien hier nur die mittlerweile auch von der SPD befürwortete Zusammenlegung von 1 Plus, 3 SAT und Arte sowie die Auflösung von Kleinstsendern — müssen die öffentlich-rechtlichen Hauptprogramme vielmehr umfassend und kostenneutral neu strukturiert werden. Ein integriertes Nachrichtenprogramm könnte dann einen wertvollen Beitrag zu jenem unverwechselbaren öffentlich-rechtlichen Programmprofil leisten, das für das Überleben der Rundfunkanstalten im Wettbewerb mit privaten Anbietern unverzichtbar ist.

Landesverfassung im Mittelpunkt

Die Diskussion der Thüringer Landesverfassung steht im Mittelpunkt der 2. Landesauschußsitzung der CDU Thüringen am Samstag, dem 28. November 1992 in Bad Langensalza.

Auf drei Regionalkonferenzen hatten die Parteimitglieder die Möglichkeit, ihre Anregungen und Vorschläge für

die zukünftige Landesverfassung einzubringen.

In Bad Langensalza wird die endgültige Vorlage der CDU Thüringen für die weitere Verfassungsdiskussion im Lande beschlossen, die gleichzeitig Grundlage für die CDU-Landtagsfraktion zu weiteren Beratungen im Landesverfassungsausschuß ist.

Aus dem Publikationsprogramm der KAS

Es liegt jetzt vor:

Heft 4/92 der Zeitschrift zur politischen Bildung — Eichholz Brief
Hauptthema:

Verfassungsdiskussion in Deutschland — Grundgesetz, Deutsche Einigung und Europäische Union

Einige der Themen und Autoren:

- Die deutsche Einheit und die Verfassungsreform (Wolfgang Schäuble MdB)
- Erweiterte Verantwortung in der Welt (Prof. Eckart Klein, Universität Mainz)
- Europäische Einigung und Grundgesetz (Prof. Rudolf Hrbek, Universität Tübingen)
- Was soll ein reformiertes Grundgesetz leisten? (Prof. Rupert Scholz MdB)
- Der Föderalismus braucht leistungs-

starke Länder (Staatsminister Edmund Stoiber)

- Braucht das vereinte Deutschland eine neue Verfassung? (Prof. Martin Kriele, Universität zu Köln)
 - Staatszielbestimmung — Die Verfassung als politischer Wunschzettel (Prof. Hans H. Klein, Bundesverfassungsgericht)
 - Soziale Rechte in die Verfassung? Die Diskussion um die sozialen Staatsziele aus ostdeutscher Sicht (Staatsminister Steffen Heitmann, Dresden)
 - Plebiszitäre Elemente in der repräsentativen Demokratie? (Prof. Ulrich Karpen, Universität Hamburg)
- Ansichtsexemplare verschickt:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,
Bereich Politische Bildung,
Postfach 1331,
5047 Wesseling**

Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer/-innen in Bonn

In der Woche vom 9. bis 13. November 1992 fand erstmalig ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer/-innen statt.

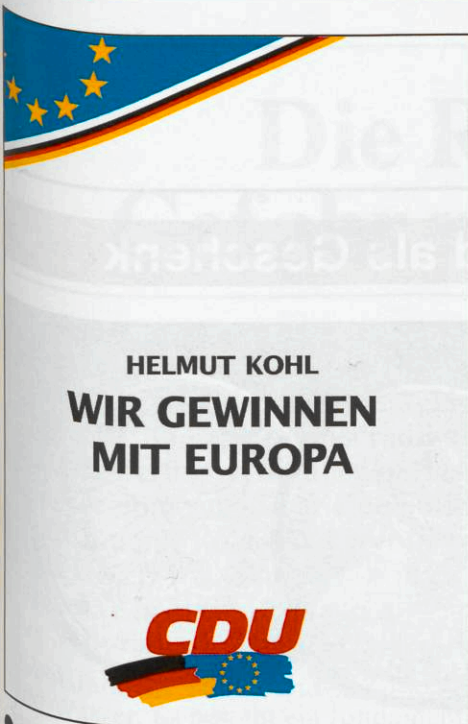
Die Teilnehmer sollten Gelegenheit haben, bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit umfassende Informationen zu erhalten. Deshalb wurden neben der CDU-Bundesgeschäftsstelle auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Konrad-Adenauer-Stiftung besucht. Neun Kreisgeschäftsführerinnen

und Kreisgeschäftsführer haben das Angebot genutzt.

Wichtig war auch das persönliche Kennenlernen der Gesprächspartner in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, mit denen man als Kreisgeschäftsführer häufig zu tun hat.

Etwas Glück gehörte auch dazu: Die Teilnehmer konnten den erst eine Woche zuvor eröffneten neuen Plenarsaal unter sachkundiger Führung besichtigen.

Beschlüsse zur Europapolitik auf dem 3. Parteitag



● Grundsatzrede des Parteivorsitzenden
Helmut Kohl
Bestellnummer: **3562**

Bestellungen an:
IS Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Vermold
per Fax: (054 23) 4 15 21

Zusammen mit der europapolitischen Grundsatzrede des Parteivorsitzenden sind ab sofort in unserem Versandzentrum die folgenden Parteitagsbeschlüsse zur Europapolitik erhältlich:

● **Harte Währung** — stark im gemeinsamen Markt
Bestellnummer: **3563**

● **Grenzüberschreitende Verbrechenbekämpfung**
Bestellnummer: **3564**

● **Asylpolitik**
Bestellnummer: **3565**

● **Wie wir uns Europa denken**
Bestellnummer: **3566**

● **Gemeinsam Verantwortung in Europa und der Welt wahrnehmen**
Bestellnummer: **3567**

Die Broschüren enthalten auch die jeweiligen Einführungsreden.

Für alle Broschüren gilt:
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 15,60 DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Die REP – Gefahr von rechts: Die Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe gibt es ab sofort auch als Broschüre im IS-Versandzentrum in Vermold.
Bestellnummer: **5554**, Verpackungseinheit: 50 Expl., Preis je Einheit: 9,50 DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zur Erinnerung und als Geschenk

Konrad Adenauer verstarb vor 25 Jahren. Aus diesem Anlaß haben wir zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine Gedenkmedaille herausgegeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Hinzu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versand-



kosten) auch in Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt bei dieser Version 50 mm. Bestellungen bitte über die Union Betriebs-GmbH oder direkt bei:

Bonner Werbe-GmbH,
Postfach 1505, Konrad-Adenauer-Haus,
5300 Bonn 1
Telefon
(0228) 5307113,
Telefax
(0228) 5307118

UID

37/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (0228) 54 41, Verlag: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Luthje, Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.